

# Analyse der Situation Österreichs seit EU-Beitritt

## Ausgangsdaten

Eu-Beitritt:

Österreich trat am 1. Jänner 1995 der Europäischen Union (damals Europäische Gemeinschaft, EG) bei. Dem Beitritt vorausgegangen war der Beschluss des Beitrittsvertrages durch den Nationalrat am 11. November und die Zustimmung des Bundesrates am 17. November 1994. (Quelle:

<https://www.parlament.gv.at/PERK/PE/OEINEU/EUBeitrittOE/index.shtml> )

Währungsunion Beginn:

Eigentlich schon mit dem EU-Beitritt (vor der Öffentlichkeit nicht publik gemacht), die Ausgabe der Einheitswährung erfolgte jedoch erst 2002.

Der Wechselkurs Schilling zu Euro betrug 13,7603 Schilling = 1 Euro.

## Entwicklung

Folgen des Beitritts:

Von der Statistik nicht belegbar ist der praktische Wechselkurs von Anfang an bei ca. 20.- Schilling = 1 € gewesen (verdeckte Abwertung). Dies war besonders bei Getränkeautomaten zu bemerken, die von 5.-Schilling-Einwurf auf 1.-€ umgestellt wurden.

Die versprochenen Verbilligungen bei Lebensmittel gab es tatsächlich, wurden aber von den Österreichern selbst bezahlt. Es handelte sich dabei um sogenannte "Lager-Abschlagszahlungen" welche den Handelsfirmen einen Werteverlust ausgleichen sollte.

Was wurde den Österreichern nicht alles versprochen, was durch EU und Privatisierung besser wird?

Hier eine kurze Gegenüberstellung aus dem Jahr 2011:

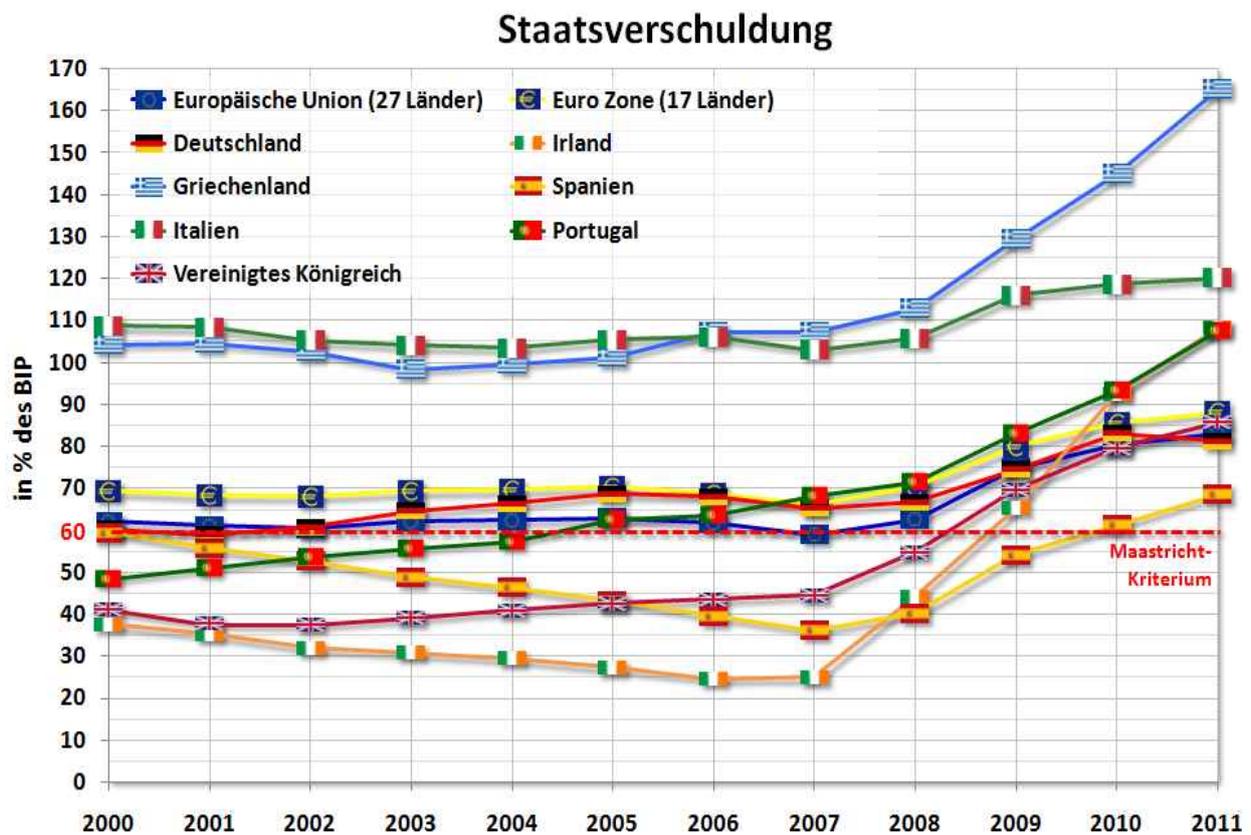
Versprochen	Tatsachen (Stand 2011)
Durch Privatisierungen werden Strom, Benzin, Post, Müllabfuhr billiger, da Private effizienter arbeiten.	So ziemlich alles ist kräftig teurer geworden! Flächendeckende Postversorgung gibt es nicht mehr!
Privatisierung baut Staatsdefizit ab.	Stündlich zahlen wir bereits 1 Mio € allein an Zinsen für das rasant wachsende Defizit. Die Maastrichtkriterien erfüllt Österreich schon längst nicht mehr.
Durch ein "3 Säulensystem" sind die Pensionen bis weit in das Jahr 2000 gesichert	Die kapitalgedeckten Säulen wurden verzockt. Das Pensionsalter wird erhöht, da für Pensionen kein Geld da ist.
Der Euro wird eine stabile Währung ähnlich der DM und die Inflation wird nicht mehr als 1 ½ % betragen	Die offizielle Inflation liegt aktuell bei 3,4% Abgaben, Reisepass, Benzin, Posttarif u.v.a. sind aber kräftig teurer geworden.
Die EU bringt allgemeinen Wohlstand	Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter,
Die EU macht den europäischen	Wir haben die größte Wirtschaftskrise seit 1930

Status Österreich-EU anno 2019: Ein Analyseversuch

Wirtschaftsraum bis 2010 zum erfolgreichsten der Welt	
Die Neutralität bleibt erhalten.	Die Neutralität ist praktisch beseitigt. Ausländische Soldaten üben in Österreich im scharfen Schuss. Österreichische Soldaten sind für die EU-Schlachtgruppen vorgesehen.
Österreich bleibt souverän.	Die Budgethoheit wird über Haftungen ausgehebelt. Selbst das Bildungssystem muss nach EU-Regeln umgebaut werden.
Die EU ist friedenssichernd	Nach Kosovo, Afghanistan, Libyen, Irak u.v.a.m gilt dies nur mehr für EU-Mitgliedsländer.
Durch Wegfall von Zoll und Währungsrisiko werden Waren wesentlich billiger.	Anfängliche Verbilligungen haben wir aus dem Budget bezahlt - dann wurde alles kräftig teurer! Die Staatsschulden explodierten.
Durch den EU-Beitritt Österreichs ist der Industriestandort gesichert.	Erst durch den Beitritt konnte problemlos globalisiert und abgesiedelt werden.

Die Inflationsrate wird nun, um Italien wenigstens ein bisschen zu entlasten, von der EZB mit ca. 2% gehalten – ja! gehalten! Hier ist Wirtschaftsdirigismus gewünscht.

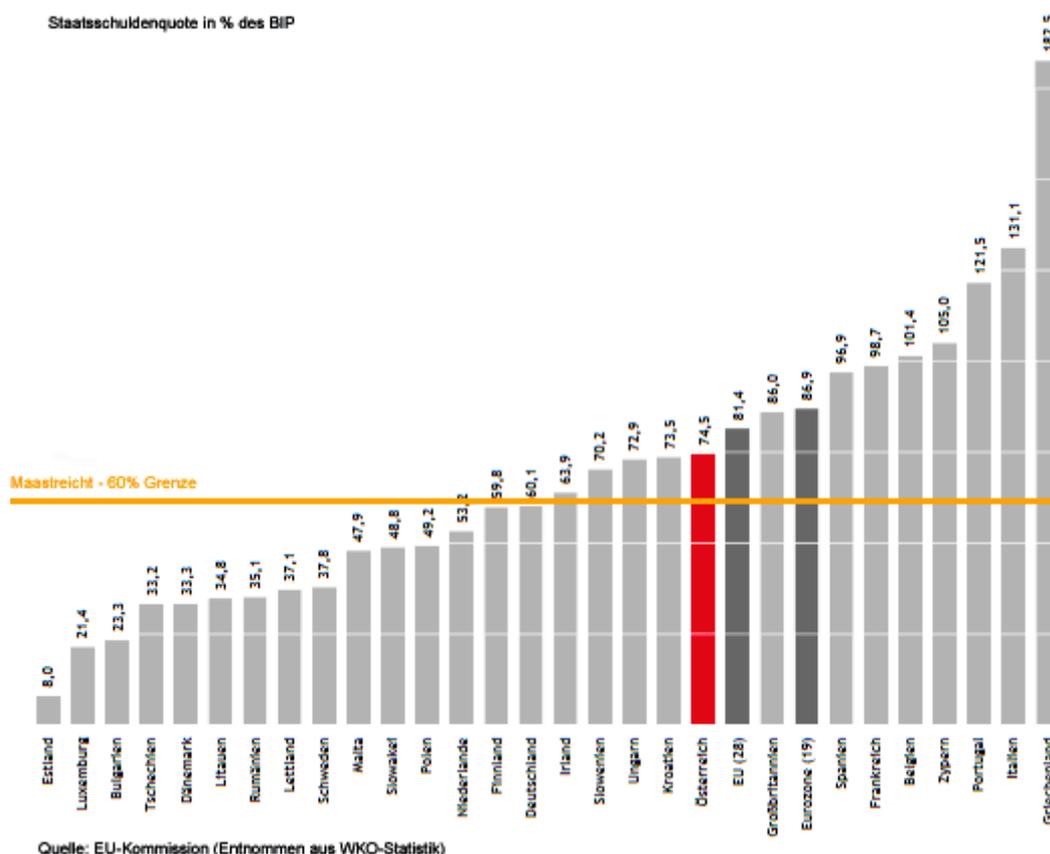
So ziemlich alles was uns versprochen wurde, war nur leere Propaganda. Etwa Staatsdefizit und die “harten Kriterien” der EU:



Schon im Jahr 2011 erfüllten keines der EU-Länder mehr die Maastricht-Kriterien. Hart ging die EU nur gegen Griechenland vor – und dort vor allem gegen die Armen im Lande. Die Kapitaleigner ließ man ungeschoren bzw. sorgte dafür, dass ihre Renditen lukriert werden konnten. Heute 2019 ist die Lage für die Menschen in Griechenland nicht viel besser als damals. Aus den anfänglichen Schulden Griechenlands wurde inzwischen ein gigantischer Schuldenberg.

Die Maastricht-Kriterien werden nur von den jungen Staaten erfüllt. Die alten EU-Länder sind jenseits jeglicher Abmachung. Es gibt nur drei Länder, die Schulden abbauen: Deutschland, Zypern und Slowenien. Alle anderen bauen weiter Schulden auf.

## Status Österreich-EU anno 2019: Ein Analyseversuch



Die EZB dient dazu, diese ungeheure Verschuldung zu verschleiern – ansonsten wären etwa Italien oder auch Frankreich schon längst Zahlungsunfähig im Außenhandel.

Diese Darstellung ist aber sogar noch eine Schönfärberei. Viele der Staaten haben noch Haftungsgarantien für Banken und Investitionen übernommen, die jederzeit schlagend werden können. Diese Haftungen im beträchtlichen Ausmaß scheinen in den Statistiken nicht auf. Die EU hat ein eigenes Zahlungs-System eingeführt, das Target II genannt wird, das dazu dient, einen Warenverkehr zwischen praktisch zahlungsunfähigen Staaten – wie etwa Italien – mit den Lieferanten – etwa Deutschland – zu ermöglichen. Dieses System funktioniert wie eine Art verdeckte Kreditvergabe ohne Bonitätsprüfung: Rechnungen werden dem Lieferanten gut geschrieben, ohne den Warenempfänger zu belasten. Wann und wie dieses Saldo jemals ausgeglichen wird, ist nicht so klar.

Nun: Staatsverschuldung an sich ist kein Problem und soll nicht überdramatisiert werden. Was an den Vorgängen aber ungut auffällt ist, dass Kapitaleigner einseitig bevorzugt werden und die übrigen Menschen die Zeche bezahlen (werden). Die Bevölkerung haftet völkerrechtlich für die Staatsschulden. Wie etwa auch im Fall Österreichs bei der Rechtsnachfolge der Monarchie der Staat die Verpflichtungen mit übernehmen musste. Die sogenannten Honoratioren wissen das. Ihnen kann kaum etwas passieren. Sie können zusehen, dass sie ihre Finanzen profitabel halten und die Schulden und Verbindlichkeiten auf den Staat abwälzen.

Etwa Österreich:

## Status Österreich-EU anno 2019: Ein Analyseversuch

Nun wurde Privatisiert auf Teufel komm heraus – ohne die Staatsschulden zu senken. Die aktuelle Regierung (Kurz-Strache) will nun den Staatshaushalt sanieren. Die versucht sie über die Senkung der Sozialleistungen – nicht etwa über Solidarbeiträge der prosperierenden Wirtschaft. Die Wirtschaft soll ihre Gewinne ruhig steigern. Die Erträge der boomende Wirtschaft, die Verkaufserlöse des Staatseigentums, die hohen Erträge der Industrie – all das verschwindet irgendwo und die Sanierung muss dann über Senkung der Mindestsicherung und Kürzung von Sozialleistungen erfolgen. So funktioniert der Privatisierung 2. Teil (Teil 1 war der Verkauf der Realitäten und der Industrie, Teil 2 ist die Plünderung der Sozialtöpfe – was wird da aber Teil 3 sein?)

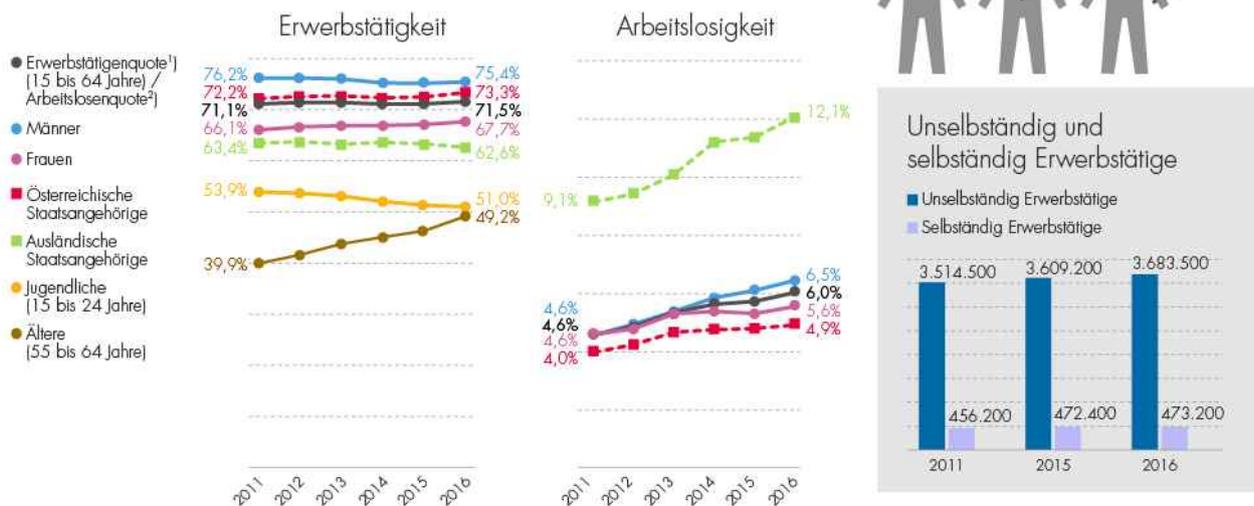
Die EU ist der Schutzmantel unter dem das abläuft. Die lokalen Profiteure können immer auf Brüssel zeigen und Brüssel weist auf die Beschlüsse hin. Ein System, das im Büchlein *Farm der Tiere* schon geschildert ist.

Die versprochenen Vorteile vom Verschwinden des Währungsrisikos, von der Einsparung von Zollbeamten, von Vergünstigungen durch größeren Absatzmarkt usw. usw. - alles ist nur Trug gewesen! Die Preise steigen – und das kräftig. Preissteigerungen bis zu 5% sind nicht selten. Was vor allem Steigt, sind die Mieten. Die Bauspekulation erlebt neue Blüten. Alle unsere schönen Städte (in Österreich) werden nun durch internationale und nationale Profiteure zerstört. Billiges Geld von der EZB (0% Zins) gegen wertvolles Land auf dem wir leben müssen. Da zeigt sich das Gesicht dieser EU – und es zeigt sich, dass eben nicht alles nur reine Papier-Statistik ist. Der Wahnsinn hat konkrete Auswirkungen.

Einerseits werden Reicher immer Reicher (Marx'sche Kapitalakkumulation in Reinkultur) und Arme werden Ärmer – das Ende des europäischen Nachkriegsideal einer Welt in Friede und Wohlstand.

So wie auch der Konjunkturboom, der 2018 angeblich herrschte, von den Lohnabhängigen kaum bemerkt wird, so ist es mit all den anderen Kapitalversprechen: Es merkt nur der Kapitalist die positive Auswirkung – für die übrigen bleibt es bestenfalls gleich.

## Arbeitsmarkt 2016



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. – Internationale Definition des Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept.  
 1) Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe. 2) Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren (Erwerbstätige und Arbeitslose).

## Status Österreich-EU anno 2019: Ein Analyseversuch

Für 2017 und 2018 liegen die Daten bei Statistik Austria noch nicht vor – Zeitungen melden aber einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 10 % - was zu einer Arbeitslosigkeit bei Männer von etwa 6% führen würde – also immer noch schlechter als zu 2011 wäre – von einer wirklichen Verbesserung, wie einmal erwartet, also gar keine Rede.

Die Wirtschaft ist inzwischen, da sie auch die Medien vollständig beherrscht nahezu unverfroren frech geworden: Ölpreis sinkt – Benzinpreis steigt; Ölpreis sinkt weiter – Benzinpreis steigt weiter, nun aus pädagogischen Gründen - Ölpreis sinkt – Heizöl wird teurer – nicht etwa weil es Winter wird, nein weil die Flüsse weniger Wasser führen usw. usw. Der Ölpreis lag 2013 bei mehr als 100.- \$ pro Barrel. Das war der Grund für einen kräftigen Preisanstieg – auf allen Sektoren: Brot, öffentlicher Verkehr, Müllabfuhr usw. Nun liegt der Preis bei 50.-\$ - auf die Preissenkung kann man getrost lange warten. Unter Mithilfe der GRÜNEN werden jetzt die Preise eben pädagogisch gerechtfertigt. Aber: Wo bleiben die immensen Profite? Fließen die wirklich in die Forschung für eine bessere Welt? Die EU ist auch hier eine Lobby von Profiteuren.

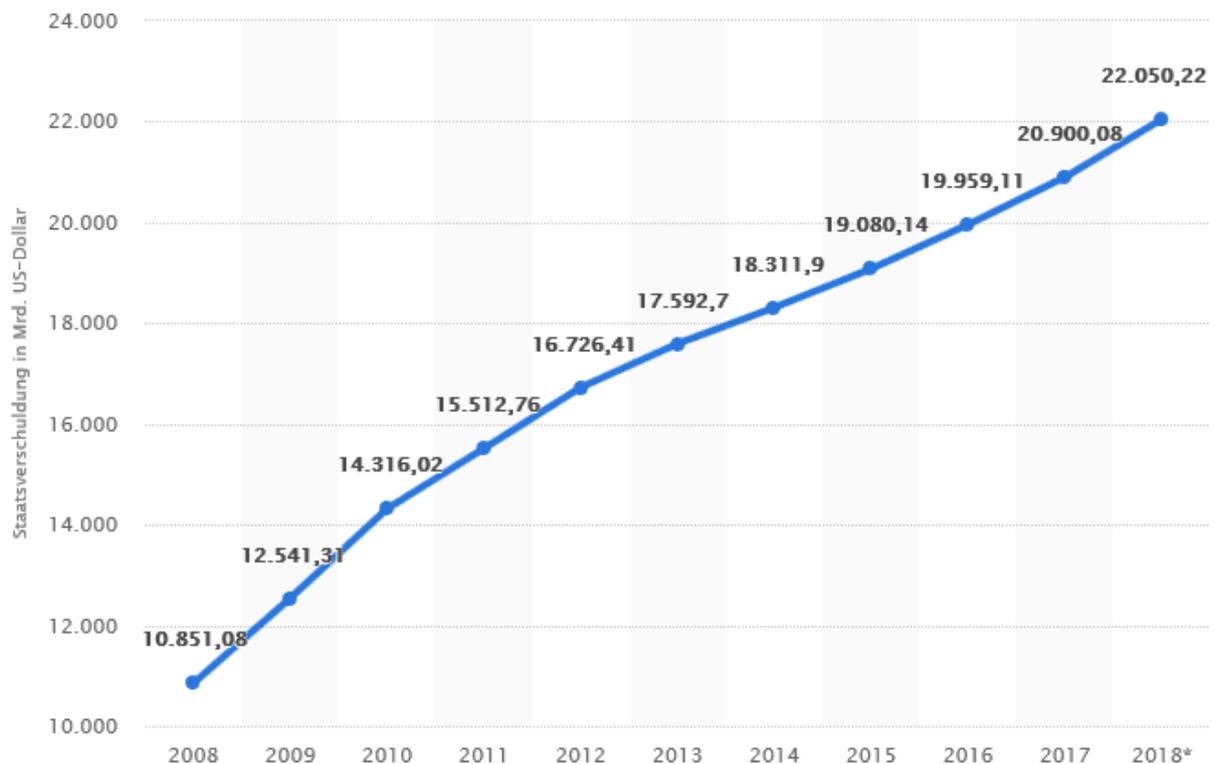
Und natürlich: Die EU hat ja jetzt nicht mehr das Ziel von Preisstabilität bzw. Preisstabilität heißt nun ca. 2% Inflation. Die Begründung ist: Es steigen ja auch die Löhne! Nun: Für die meisten die ich kenne sinken die Löhne – ich selbst verdiene nun ca. die Hälfte von dem was ich 2008 verdient habe. Es mag sein, dass das gerecht ist – das ist nicht der Kern. Der Kern ist: Eine Wirtschaft, die mir die Lasten auferlegt und selbst den Rahm abschöpft und noch dazu für das Versagen nicht einmal mit einem Haftungsbeitrag einspringt – die brauche ich nicht – also brauche ich auch diese EU nicht (Ich erinnere daran, dass die EU das Ziel ausgerufen hat, bis 2010 der erfolgreichste Wirtschaftsraum zu werden – 2008 gab es die tiefste Wirtschaftszäsur, die bis heute nicht überwunden ist) – eine EU, die nicht in der Lage ist, zukunftsweisende Ziele zu verfolgen.

Auch geopolitisch hat die EU alle Chancen für eine friedliche Zukunft vertan. Anstatt beim Zusammenbruch des Ostblocks auch Russland in den Wirtschaftsraum einzubeziehen, hat man sich der US-Konfliktstrategie unterworfen und so einen friedliche Entwicklung schon im Entstehen abgewürgt. Russland wäre der natürliche Wirtschaftsraum für eine kontinentale Gemeinschaft. Anstatt dessen wird in Ländern wie Polen – denen man dafür monetär entgegenkommt – so etwas unsinniges wie Flüssiggas-Hafenanlagen in Betrieb genommen und im Baltikum Raketen stationiert.

Die jüngsten Ereignisse sprechen da eine noch deutlichere Sprache, indem sich die EU von jeglichem Wertekonsens entfernt. So wird der gewählte Präsident von Venezuela einfach von der USA und der EU praktisch abgesetzt. Was zuvor schon in Libyen und in Syrien zu großen Leid und zu großer Ungerechtigkeit geführt hat, wird nun Standard: Ein Gremium von Weisen entscheidet über andere Länder nach belieben. Wohl gemerkt: Es geht hier nicht um eine Verteidigung von Gaddafi oder eines anderen Potentaten – es geht um die Art und Weise. Der Krieg gegen Jugoslawien war schon völkerrechtswidrig und das wird nun zum Standard – wobei man anderen Ländern – etwa Russland – ein geringeres als sanktionswürdig anlastet. Das ist Präpotenz, die auf Dauer nicht gut gehen kann. Israel mit seiner Konfliktstrategie kann ja auch nur überleben, indem es einen ständigen Krieg, der von anderen finanziert wird führt. Für den Wirtschaftsraum Europa ist so ein Vorgehen jedoch kein wünschenswertes Ziel. Die EU geht aber diesen Weg – daher sollte man diese EU auch nicht mehr unterstützen.

Vor allem, da die EU unter den jetzigen Rahmenbedingungen den Weg nicht mehr freiwillig verlassen kann. Der Grund ist wiederum die USA. Die EU ist historisch seit dem 2. Weltkrieg praktisch ein US-Vasall. Die USA hat aber seit damals mit allen Handelspartnern nur mehr Handelsdefizite.

## USA: Staatsverschuldung von 2008 bis 2018



Ihre Daten visualisiert  + a b | e a u

© Statista 2019 

Die Staatsverschuldung der USA ist von allen Staaten die höchste und wächst ständig weiter. Die USA ist nach ökonomischen Kriterien pleite. Sie braucht also eine Geldquelle – und die kann nur mehr in den Sozialtöpfen der EU – allen voran Deutschlands gefunden werden.

Das europäische Volk haftet also für die Spielchen der Kapitaleigner. 2008 gelang es, eine erste Tranche von Spielgeld einzuwechseln – auf Kosten der europäischen Steuerzahler. Weiter Tranchen stehen nun – unter diversen Begründungen an. Das Spiel geht solange, solange noch etwas zu holen ist. Leider nimmt die Industrialisierung Europas nun ab. Auch die Produktivkraft Deutschlands ist im Schwinden. Dann werden die Blasen für die Menschen in Europa aufbrechen. Immer mehr Menschen werden in das Heer der Armen eingegliedert – wir sind dann wieder dort, wo wir gedacht haben, nie mehr sein zu müssen.

Was all die Daten Zeigen: Es braucht dringend einen Systemwechsel – weg von den Trunkenen EU-Macht-Menschen hin wieder zu einer sozialen Wirtschaft.

Die Linke Stmk hat schon 2008 definitiv gefordert: Ende der Privatisierung!

Finanztransaktionssteuer usw.

**Daher: Wir müssen von den Systemgewinnern ihren Solidaritätsbeitrag einfordern!**

- |  |               |
|--|---------------|
| → Transaktionssteuer auf alle Finanztitel 0,1% | <b>SOFORT</b> |
| → Eine Vermögenssteuer (ab 1.000.000.- Euro)   | <b>SOFORT</b> |
| → Abschaffung der Höchstbemessungsgrundlage    | <b>SOFORT</b> |
| → Wiedereinführung der Erbschaftssteuer        | <b>SOFORT</b> |
| → Stopp und Rücknahme der Privatisierungen     | <b>SOFORT</b> |

Auszug der Forderungen LinkeStmk im Mai 2008

Passiert ist nichts von all dem – und nun werden sogar die Lohnbestandteile für die Sozialversicherungen gekürzt. Wie der Auszug von Forderungen aus 2008 zeigt, läuft hier nichts per Zufall. Alle Problem sind bekannt und werden willentlich und wissentlich in diese Richtung gedrängt. Statt Transaktionssteuer wurden etwa in der Steiermark die Sozialleistung um 25% gekürzt (siehe die Aktionen der Plattform 25 die von der Politik – SPÖVP – vollständig ignoriert worden sind).

Ein Auszug aus einer Forderungssammlung von Gewerkschaft und linken Parteien aus dem Jahre 2010 zeigt ein ähnliches Bild. Alle Maßnahmen, die den unteren Schichten helfen sollten wurden ignoriert. Umgesetzt wurde Privatisierung, Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung, Inflationserhöhung, Bodenspekulation.



EGB

**Gegen:**

- » Sparmaßnahmen in Europa, Einschnitte bei Gehältern und Renten
- » Prekarisierung und Arbeitslosigkeit jüngerer und älterer Menschen
- » Deregulierung des Arbeitsrechts und sozialen Rückschritt
- » Armut und soziale Ausgrenzung
- » Zunahme der sozialen Ungleichheiten

**Für:**

- » Zugang zu hochwertigen und sicheren Arbeitsplätzen und zu Ausbildung für alle
- » Garantie einer existenzsichernden Entlohnung
- » starken Sozialschutz als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität
- » Wahrung der Kaufkraft
- » Sicherstellung einer optimalen Rentenversorgung
- » allgemein zugängliche hochwertige öffentliche und soziale Dienstleistungen



Banken sind die Infrastruktur der globalen Umverteilung und ermöglichen es den Vermögenden, ihren Reichtum zu konzentrieren und zu vermehren, auf Kosten von Mensch und Natur.

[www.antikapitalistische-linke.de](http://www.antikapitalistische-linke.de)



Vereinigte Europäische Linke  
Nordische Grüne Linke

- Für gemeinsame Aktionen der ArbeiterInnen in ganz Europa gegen die Kürzungspolitik – zur Vorbereitung weiteren Widerstands bis hin zum Streik !
- Nicht die ArbeiterInnen, RentnerInnen, Studierenden, Jugendlichen und sozial Benachteiligten sollen für die Krise zahlen, sondern die Reichen und die Banker!
- Nein zu Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen, zu Arbeitslosigkeit, Anhebungen des Rentenalters oder Privatisierungen!

	<ul style="list-style-type: none"><li>• Schluss mit der Diktatur der Finanzmärkte, der Rating-Agenturen und des IWF!</li><li>• Schluss mit den Milliardengeschenken an die Banken – Verstaatlichung der Banken im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!</li></ul>
	Protestaktion gegen den Sparkurs der EU-Regierungen und die Abwälzung der Krisenlasten
	Die KPÖ kämpft für <b>soziale Gerechtigkeit</b> , denn das Unrecht nimmt in Österreich zu. Während sich die Superreichen (1% der Bevölkerung) trotz Wirtschaftskrise über einen jährlichen Vermögenszuwachs freuen, lebt gleichzeitig eine Million ÖsterreicherInnen an oder unter der Armutsgrenze. Viele Menschen können von einem Ganztagesjob nicht mehr leben.
	Profite bleiben privat – Schulden zahlen wir alle! <b>Systemwechsel: Jetzt!</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>- <b>Sozialisierung der Banken unter demokratischer Kontrolle "von unten"</b></li><li>- <b>Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich - 35 Stunden JETZT!</b></li><li>- <b>breite gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik</b></li><li>- <b>keine Zustimmung zum Belastungspaket durch Nationalräte, die ÖGB-Mitglieder sind</b></li></ul>

Forderungen einer Plattform aus dem Jahre 2010.

## Die Parteien sind abgehoben

Die Regierung der Parteien ist inzwischen völlig autonom und unbeeinflussbar. Keine Forderung, keine Petition keine Demonstration erreicht sie mehr. Die Bereicherungsprogramme werden durchgezogen – auch von der SPÖ. Der unselige Herr Kern sei hier in Erinnerung gerufen, der erst einen israelischen Berater benötigt um zu wissen, was die Sozialdemokratie für Politik zu machen habe.

Durch die konzentrierte Medienmacht ist es auch nicht möglich, den Betroffenen ihre Lage klar dazustellen. So wählen die meisten, mangels Alternativen, immer wieder ihre Henker.

## Wahlempfehlung: Enthaltung, Wahlboykott

Die LinkeStmk bitte zumindest bei der EU-Wahl den Potentaten zu zeigen, dass sie es sind, die überflüssig sind. Dies durch Wahlverweigerung und durch ungültige Wahlzettel (mit Protestnote am Stimmzettel). Es mag zwar stimmen, dass die Herrschenden dies ignorieren, aber das machen sie ohnedies. Gerade die EU zeigt durch ihre Konstruktion, dass sie zutiefst undemokratisch ist. Die Elite macht was sie will. Wahlboykott entzieht ihr aber zunehmen die Legitimation. – sie können sich dann zumindest nicht darauf berufen, legitim gewählt worden zu sein. Wie gerade wir Österreicher wissen, ist das ein entscheidender Unterschied.

Gerade die Vorgänge seit 2015 zeigt, dass es für einen Boykott höchste Zeit ist. Ein System, das Menschen im Mittelmeer ersaufen lässt, das zunehmenden Rechtsradikalismus, das Sozialabbau usw. betreibt kann von aufgeklärten Mitteleuropäern nicht mehr unterstützt werden.

## Was tun?

Es ist wahr: Wir haben zwar noch Wahlen, aber keine Einflussmöglichkeit mehr. Dies ist lokal durch die Bodenspekulation so und ist europaweit durch die liberale Wirtschaft so. Was bleibt da an Mitwirkungsmöglichkeiten für Lohnabhängige?

## Status Österreich-EU anno 2019: Ein Analyseversuch

Nun eigentlich nichts mehr als der wirkungslose Protest (die gezeigten Belege in diesem Beitrag zeigen es: Selbst vernünftige Vorschläge werden von der Politik nicht umgesetzt, wenn Kapitalinteressen keinen Profit daraus ziehen).

Ansonsten kann ich (Wolfgang Friedhuber) eigentlich nur raten, sich von diesem System abzuwenden und sich den entstehende alternativen Splittergruppen anzuschließen. Selbstverwaltete Kollektive, Agrargemeinschaften, Künstlervereine – womöglich noch so lange es geht Förderungen von denen zu erlangen, die sich mit der Kultur brüsten, obwohl sie keine haben – sich ansonsten aber von diesem System so gut es ungestraft geht abzulösen. Sich auf seine eigenen Werte zu besinnen und die Kapitalinhaber abseits stehen zu lassen – auch die in den Parlamenten – und vor allem: Ihnen keine demokratische Legitimation mehr zu verleihen.

Erst wenn die politischen Spitzen sich wieder auf die kollektiven Werte von Solidarität, Ehrlichkeit, Vertrauen und Fürsorge besinnen, kann ihnen von den nicht-kapitalisierten Schichten eine Stimme verliehen werden.

Die Hoffnung die bleibt: Dass die alternativen Bewegungen bis dahin dem Neo-Kapitalismus endgültig die Berechtigungsbasis entzogen haben.

Graz, 5.2.2019, W.Friedhuber